



Reform der ZVS

Die neuen Modelle und ihre Vor- und Nachteile zur bisherigen Praxis
-> Seiten 1-2

Bücherverbrennung

Vor 70 Jahren wurden an der Universität Göttingen Bücher verbrannt
-> Seiten 4-5

AStA-Räumung

Bemerkungen zum Geschehen um das AStA-Gebäude
-> Seite 6

Rücktritt?

StuPa-Sprecher weiß zuviel, nämlich wer wen wann (nicht) gewählt hat
-> Seiten 7-8

Die Gerd-Show

Neuer AStA rotiert ins Amt

Sie haben es also endlich geschafft. Am 23.04. brachte die Koalition aus RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und ADF (Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder) fertig, was drei StuPa-Sitzungen dauerte: Sie wählten ihren AStA.

Es war ihnen in der ersten konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments am 8. April nicht gelungen, sich in immerhin drei Wahlgängen für den eigenen Vorsitzkandidaten, Gerhard Riewe (ADF), zu entscheiden. Auch intern bestanden Zweifel an seinen Führungsqualitäten.

Bereits zuvor bei der Abstimmung zur Tagesordnung scherten die ersten aus den geschlossen geglaubten Reihen aus. Dadurch gelang es ihnen nicht, eine neue Geschäftsordnung (GO) behandeln zu lassen. Das hätte für zukünftige Änderungen der GO eine Absenkung von einer 2/3-Mehrheit auf eine AStA-Mehrheit bedeutet. Die seit 14 Jahren bestehende GO sollte angeblich nicht keine Gültigkeit mehr besitzen, da es sich ja nach jeden Uni-Wahlen immer um ein neues Studierendenparlament handele. Dieses Argumentationskonstrukt ging dann auch einigen im "bürgerlichen" Lager zu weit, da eine Fortgeltung noch nie zuvor bezweifelt worden war und der Satz selbst widerspricht.

Trotz ihrer theoretischen Mehrheit (25 von 48 Sitzen) scheiterten sie außerdem daran, einen Vorab-Haushalt zu verabschieden, der unter anderem dazu dienen sollte, einem noch nicht gewählten AStA schon mal die Gehälter zu sichern. Da an diesem Tag für sie anscheinend überhaupt nichts funktionierte, beschloss der Chaos-Club nach achtstündiger alkoholschwerer Sitzung eine Vertagung.

■ Wichtig ist, was hinten raus kommt!

In der folgenden Sitzung endete die Koalitionsdisziplin kurz nach der Wahl des AStA-Vorsitzenden: Bei der Wahl des Finanzreferenten. Andreas Lompe (ebenfalls ADF), der schon im vergangenen Jahr als HoPo-Referent kein Profil besaß, konnte auch bei seiner diesjährigen Kandidatur keine Farbe zeigen. Nach vier Wahlgängen, etlichen Fraktionspausen und überraschend auftauchenden Gegenkandidaturen wurde erneut vertagt.

Langsam wurde uns ihre Taktik klar: Sie setzten auf Zermürbung durch wöchentliches stundenlanges Tagen.

Aber dann, in der dritten Sitzung, immer noch konstituierend, schafften sie es schlussendlich, den Finanzer und als letztes Annabell Hamerschmidt (RCDS) mit "nur" drei Wahlgängen zur Außenreferentin zu wählen. Respekt! Noch nie zeigte eine rechte StuPa-Mehrheit so lustvoll internes Streitpotential.



Nicht im Bild: Der neue AStA-Vorsitzende Gerhard Riewe

■ Demokratie hat viele Gesichter!

Besonders interessant, vor allem aus demokratietheoretischer Perspektive, war dabei das interne Wahlverfahren der ADF. Da wegen der geheimen Abstimmung die AbweichterInnen vom Koalitionskurs nicht so schnell ausgemacht werden konnten, wurde lustig durchrotiert.

Das heißt, die 17 Stimmen der ADF kamen in den unterschiedlichen Wahlgängen auch von verschiedenen Leuten. Um die NichtwählerInnen zu bestimmen, bediente

Fortsetzung auf Seite 2

Studiengebühren sollen Haushaltsloch stopfen

Entgegen bisherigen Plänen wird die niedersächsische Landesregierung die gesamten Einnahmen der Langzeitstudiengebühren einbehalten, das wurde im Zuge des Nachtragshaushaltes beschlossen. Der den Hochschulen versprochene Anteil wird – angeblich nur in diesem Jahr – nicht ausgezahlt werden. Damit stehen in Göttingen zahlreiche Tutorienprogramme vor dem finanziellen Aus, da sie aus diesen zusätzlichen Mitteln finanziert werden sollten.

Zusätzlichen „Charme“ erhält dieser Vorgang dadurch, dass die CDU in Oppositionszeiten – lobenswerter Weise – komplett gegen Studiengebühren war. Außerdem forderte sie damals, wenn schon Gebühren, dann sollten diese direkt den Hochschulen zukommen. Jaja, das Geschwätz von gestern....

Fortsetzung von Seite 1

man sich des ausgeklügelten Systems des Plumpssackspiels.

■ Mal sind sie schlichter...

Daraufhin mussten direkt gewählte ParlamentarierInnen zum Ende des Wahlgangs vor der Tür ausharren, damit ihre VertreterInnen, die größtenteils nichtsahnend und eilig aus dem Savoy u.ä. herbeizitiert wurden, ihr unbedarftes Stimmchen abgeben konnten.

Gebracht hat der ganze Aufwand aber dann doch wenig, wurden die AbwechlerInnen zumindest vom StuPa-Sprecher (ADF) auf RCDS-Seite erkannt! Er, ganz der Neutralität seines Amtes verpflichtet, hatte nämlich anhand unterschiedlich farbiger Stimmzettel Gegenstimmen innerhalb des "bürgerlichen" Lagers genauer verorten können. Dafür hat der gute Herr Zigenhorn auch gleich einen eigenen Artikel in dieser *rotation* bekommen und eine Rücktrittsforderung verdient.

■ Das Personal sind die Inhalte!

Kaum im Amt, schon stürzt sich die Koalition auf die Arbeit. Erst mal muss natürlich das viele Geld verteilt werden. In diesem Jahr sind das immerhin 451.451,74 Euro, wovon ihr den Großteil mit eurem Studierendenschaftsbeitrag von 8 Euro aufbringt. Davon ließe sich eine Menge machen. Aber erst mal müssen die eigenen Leute mit Posten ver-

sorgt werden. Die fünf ReferentInnen bekommen schon mal 600 Euro pro Nase, damit sie sich voll auf die hochschulpolitische Arbeit konzentrieren können.

Anscheinend sind die Aufgaben aber so gewaltig, dass für rund 45.000 Euro SachbearbeiterInnen (SBen) angeheuert werden

Algemeines Studierendenschaft der Uni-Göttingen – Präsenzialrat –

Haushaltsplan der Studierendenschaft der Universität Göttingen für das Haushaltsjahr 2003/2004 (1.4.2003–31.3.2004)

Algemeines und Deckungsplan

1. Zweck des Haushalts ist die Finanzierung der Studierendenschaft der Universität Göttingen vom 1. Oktober 2003, bis zum 31. März 2004.

2. Die Einnahmen des Haushalts sind:

- a) Einnahmen aus dem Studium (Gebühren und Beiträge) in Höhe von 200.000.000,- €
- b) Einnahmen aus dem Verkauf von Dienstleistungen in Höhe von 100.000.000,- €
- c) Einnahmen aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von 100.000.000,- €
- d) Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstwerken in Höhe von 100.000.000,- €
- e) Einnahmen aus dem Verkauf von anderen Vermögenswerten in Höhe von 100.000.000,- €

3. Die Ausgaben des Haushalts sind:

- a) Ausgaben für den Personalbereich in Höhe von 100.000.000,- €
- b) Ausgaben für den Sachbereich in Höhe von 100.000.000,- €
- c) Ausgaben für den Verwaltungsbereich in Höhe von 100.000.000,- €
- d) Ausgaben für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 100.000.000,- €
- e) Ausgaben für den Bereich Sport in Höhe von 100.000.000,- €
- f) Ausgaben für den Bereich Kultur in Höhe von 100.000.000,- €
- g) Ausgaben für den Bereich Umwelt in Höhe von 100.000.000,- €
- h) Ausgaben für den Bereich Gesundheit in Höhe von 100.000.000,- €
- i) Ausgaben für den Bereich Sicherheit in Höhe von 100.000.000,- €
- j) Ausgaben für den Bereich Energie in Höhe von 100.000.000,- €
- k) Ausgaben für den Bereich Wasser in Höhe von 100.000.000,- €
- l) Ausgaben für den Bereich Abfall in Höhe von 100.000.000,- €
- m) Ausgaben für den Bereich Verkehr in Höhe von 100.000.000,- €
- n) Ausgaben für den Bereich Telekommunikation in Höhe von 100.000.000,- €
- o) Ausgaben für den Bereich Informationstechnik in Höhe von 100.000.000,- €
- p) Ausgaben für den Bereich Recht in Höhe von 100.000.000,- €
- q) Ausgaben für den Bereich Steuern in Höhe von 100.000.000,- €
- r) Ausgaben für den Bereich Sonstiges in Höhe von 100.000.000,- €

Seite 1 des Haushaltsplans der Göttinger Studierendenschaft

müssen. Dann aber gleich in die Vollen: 11 (in Worten: elf!) SBen wurden eingestellt, unter anderem für das Verteilen der bis jetzt noch nicht gesichteten *asta revista*, zum Am-AStA-Stand-Stehen, zum Organisieren und Einkaufen, zum Texte schreiben (so die Arbeitsplatzbeschreibungen). Wir finden es ausgesprochen sozial vom diesjährigen AStA, dass er so vielen Leuten die Möglichkeit gibt, Geld auf relativ unkomplizierte Art und Weise zu erhalten und dabei auch den Lebenslauf etwas aufzumöbeln. Bei so zahlreichen SBen fragen wir uns natürlich, was eigentlich die

ReferentInnen machen.

Auf vorsichtige Nachfrage nach der inhaltlichen Ausgestaltung der AStA-Arbeit war dann auch nicht viel zu erfahren, der Sozialreferent ließ sich jedoch dazu hinreißen, das neue Motto bekannt zugeben: "Das Personal sind die Inhalte!" Tja, "Mehr Inhalt", und das wo doch die LHG (Liberaler Hochschulgruppe) gar nicht mehr mitspielen darf, um diese FDP-Parole zu verwirklichen.

■ „Frauen und anderes Gedöns“

An anderer Stelle wurde dafür gespart. Die Gelder für das FrauenLesben- sowie das Schwulenreferat wurden komplett aus dem Haushalt gestrichen. Der Sozialreferent, Randolph Schmidt, versprach jedoch die Arbeit dieser beiden Referate im Sozialreferat weiter aufrechtzuerhalten, es gäbe ja immerhin auch eine *weibliche* Sachbearbeiterin. Nun wissen wir zwar um die Geschlechterverteilung im Sozialreferat, verstehen aber nicht, was das mit der dafür nötigen Qualifikation zu tun haben sollte.

Interessant ist auch, dass das eigentlich nach Koalitionsauffassung nicht existierende Ökoreferat mit Einnahmen von 100 Euro rechnet, zumindest nach dem Haushaltsplan des AStA. Bei den Ausgaben ist dann doch ein Anstandsrest von 10 Euro für "Projekte Ökologiereferat" eingestellt. Viel Spaß beim Ausgeben, aber bitte nicht alles auf einmal!

Wir sind vielleicht überfordert: Es hat Einnahmen, es hat Ausgaben, aber es existiert nicht? Wo fängt Leben an?

Freie Wahl für wen?

Die ZVS verliert an Bedeutung

Die Frage des Hochschulzugangs ist seit der gescheiterten "Untertunnelung des Studentenberges" eine umstrittene. Seit den 70er Jahren stimmt die Relation von finanzierten Studienplätzen zu Studierwilligen nicht mehr. So wurde - aus der Not heraus - die "Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen" (ZVS) geschaffen.

Nach 30 Jahren Mangelverwaltung steht die ZVS immer stärker unter Beschuss. Nicht etwa weil der Grund ihrer Existenz, die Unterfinanzierung der Hochschulen, beseitigt worden wäre. Nein, sondern weil eine Selbstauswahl der Hochschulen den Wettbewerb unter den Hochschulen forcieren und angeblich unmotivierte StudienbewerberInnen vom Studium fernhalten würde.

■ Neue Modelle

Nach monatelangem Streit hat die Kultusministerkonferenz am 6. März eine Neuregelung des Hochschulzugangs beschlossen, der zukünftig zwei Wege eröffnet:

Vorschlag NRW: 25 % der Plätze werden durch die ZVS an die "Abiturbesten" entsprechend ihren Ortswünschen vergeben - 25 % für die Selbstauswahl der Hochschule - verbleibende 50% verteilt die ZVS nach den üblichen Kriterien.

Vorschlag Baden-Württemberg: 50% Selbstauswahl der Hochschulen - 25% an die Abiturbesten - 25 % ZVS-Kriterien

Die Länder können sich jeweils für eines dieser beiden Modelle entscheiden. Dieser

Regelung gilt natürlich nur für die bundesweit zulassungsbeschränkten Fächer wie Medizin, Pharmazie und BWL.

Niedersachsen reformiert jedoch zeitgleich den Zugang zu den örtlich beschränkten Fächern. Bereits im Januar hatte Thomas Oppermann eine Kabinettsvorlage hierzu erstellt, die von der neuen CDU-Regierung beibehalten worden ist. Für diesen Kabinettsbeschluss endete am 1. April die erste Anhörungsphase und es wird auf dieser Grundlage nun demnächst ein Referentenentwurf für ein neues Niedersächsisches Hochschulzulassungsgesetz (NHZG) erstellt.

Dem bisherigen Entwurf zufolge sollen die Hochschulen 90 % der Plätze nach eigenen Kriterien vergeben können, die restlichen

10 % nach den – laut BVerfG vorgeschriebenen – Wartezeiten. Die Hochschulen dürfen dabei die Abiturdurchschnittsnoten heranziehen, dürfen Teilnoten gewichten, können Bewerbungsgespräche führen und zusätzliche Eingangsprüfungen stellen.



Auch für ein individuelles Bewerbungsgespräch...

Die Göttinger Hochschulleitungen hat bereits zum Ausdruck gebracht, dass sie von den neuen Möglichkeiten umfangreich Gebrauch machen will.

Um Euch die Argumente für oder gegen eine Hochschulauswahl der Studierwilligen aufzuzeigen, hier eine PRO und CONTRA-Argumentation.

PRO: Unis und Studierende müssen zu einander passen

Jede Hochschule hat ihre eigenen Ausrichtungen und Schwerpunkte, die im zunehmenden Wettbewerb der Hochschulen untereinander das eigene Profil ausmachen. Mit diesem Profil muss offensiv um Studierende geworben werden. In einer gegenseitigen Auswahl können sich die Hochschulen und Studierenden finden, die optimal zu einander passen.

■ Uni und Studi sollen sich finden

Nur wirklich Motivierte sollen ihr Studium hier beginnen können, diese Motivation und Eignung kann am besten die Hochschule feststellen, Noten sind nicht aussagekräftig genug. Dadurch können überlange Studienzeiten ebenso verkürzt werden wie die Abbruchquote vermindert. Der Beratungsbedarf der Studierenden wird dadurch langfristig sinken und die neu entstehenden Kosten kompensieren.

Insgesamt sind die Hochschulen überfüllt, es sollte daher nur derjenige wirklich zugelassen werden, dessen Studierfolg gesichert ist.

CONTRA: Hochschulzugang öffnen statt schließen

Die "Überfüllung" der Hochschulen resultiert aus ihrer Unterfinanzierung und ändert nichts an dem Fakt, dass Deutschland – gemäß allen einschlägigen Statistiken – in Zukunft mehr und nicht weniger gut ausgebil-

dete AkademikerInnen benötigt. Abgesehen von diesem Grundproblem ergeben sich jedoch bei der Selbstauswahl deutliche Nachteile.

■ Unterfinanzierung bleibt

Die alleinige Auswahl liegt bei den Hochschulen, den Studierenden wird – um den Verwaltungsaufwand zu minimieren – nur zugestanden, sich an insgesamt zwei Hochschulen zu bewerben. Es ist nahe liegend, dass man sich nicht nur bei denen bewerben wird, an die man auf jeden Fall will, sondern v.a. auch bei denen, wo die Aufnahmechancen am besten sind – von einem gleichberechtigten "Schlüssel-Schloss-Prinzip" kann hier nicht gesprochen werden.

Die Aussagekraft von Noten ist in den letzten Monaten massiv angezweifelt worden – es erscheint dann doch aber fraglich, ob eine einzelne Teilnote aussagekräftiger ist als eine Durchschnittsnote von mindesten 9 Fächern.

Auch ist die Validität eines einmaligen, auf wenige Minuten angelegten Zulassungstests anzuzweifeln, insbesondere im Vergleich zu einer Note, die mindestens 2 Jahre umfasst. Gleiches gilt für persönliche Bewerbungsgespräche, deren objektive Kriterien per se angezweifelt werden können, da sie immer mit einer stark subjektiven Einschätzung verbunden sind.

■ Freie Auswahl durch Uni ist für diese zu teuer

Der Verwaltungsaufwand für die Hochschulen ist – vor allem bei den Massenfächern – personalintensiv und damit sehr kostspielig. Wird lediglich ein 15-minütiges Gespräch geführt, würde das für BWL in Göttingen einen Zeitaufwand von 125 Stunden bedeuten, wenn für jeden der etwa 250 Studienplätze zwei AuswahlbewerberInnen erschienen. Um die Gespräche juristisch haltbar zu machen, müssen außerdem mindestens 2 Prüfende anwesend sein. Doch auch die Durchsicht von 500 Klausuren zur Einstufung hätte einen massiven Zeitaufwand zur Folge. Die zusätzlich entstehenden Kosten, die durch den Globalhaushalt die einzelnen Fachbereiche selbst zu tragen haben, können kaum durch eine Ein-

schränkung der Beratung kompensiert werden – unabhängig davon, ob eine Einschränkung der bestehenden Studienberatungen überhaupt sinnvoll erschiene.

■ ZVS berücksichtigt mehr Kriterien als eine Hochschule

Die flächendeckende Umsetzung eines Selbstauswahlverfahrens ist daher unrealistisch. So wurden auch die bereits bestehenden Möglichkeiten nur von einem Bruchteil der Hochschulen genutzt.

Niemand will die ZVS um ihrer selbst willen erhalten, sie ist ein Instrument der Mangelverwaltung. Allerdings erfüllt sie zur Zeit etwa 90-95% der Ortswünsche und berücksichtigt dabei eine Vielzahl von sozialen Kriterien (Nähe zum Heimatort aus finanziellen Gründen, wegen Pflegefähigkeit, eigener Kinder, Ehepartner), die in den Selbstauswahlverfahren als Kriterien nicht mehr vor-



...muss man schon mal längere Wartezeiten in Kauf nehmen.

gesehen sind.

Die ZVS ist sicher nicht der beste Weg, Hochschulzulassung zu organisieren – die Selbstauswahl jedoch ist eindeutig der schlechtere. Auf der Homepage der Juso-Hochschulgruppen findet ihr umfangreiches Material zu diesem Thema, inkl. des neuen KMK-Beschlusses, einer Stellungnahme zum geplanten NHZG und Beispiele von bereits umgesetzten Auswahlverfahren:

<http://www.jusohochschulgruppen.de/themen/hochschulzugang/index.html>

Rhetorik – Vorträge und Referate selbstsicher präsentieren

Das Frauenbüro der Universität bietet am 07./08. November einen Rhetorikkurs für Anfängerinnen ohne Vorkenntnisse an.

Referate und Vorträge zu halten, zählt zu den häufigsten Anforderungen in Studium und Beruf. Häufig wird das Sprechen vor Publikum als unangenehm erlebt und verunsichert. Ausgehend von den Erfahrungen

der Teilnehmerinnen wird in diesem Seminar gelernt Visualisierungstechniken sinnvoll zu nutzen, frei und selbstsicher vorzutragen sowie zielgerichtet zu informieren.

Das Seminar kostet 15 Euro Teilnahmegebühr. Die Anmeldung läuft über das Frauenbüro, Goßlerstraße 15a, Tel. 0551-392404.

„Wider den undeutschen Geist“

Vor 70 Jahren: Bücherverbrennung in Göttingen

Almanson:

Wir hörten, dass der furchtbare Ximenes,
Inmitten auf dem Markte, zu Granada –
Mir startt die Zung' im Munde – den Koran
In eines Scheiterhaufens Flamme warf !

Hassan:

Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher
Verbrennt, verbrennt man auch am Ende
Menschen.

Heinrich Heine, *Almanson*

Natürlich ist es abgedroschen, zum Gedenken an die Bücherverbrennungen der Nazis vor 70 Jahren Heine zu zitieren. Aber das Stück Almanson ist interessant; sein Hintergrund ist die Eroberung des letzten Maurenstaates Granada in Spanien durch Kastilien und Aragon. Granada fällt durch innere Zwietracht, viele Bewohner treten zum Christentum über, die Inquisition hält Einzug und besiegelt ihren Sieg mit einer Verbrennung des Korans. Denn natürlich ging es auch auf dem Marktplatz von Granada nicht um die physische Vernichtung von Büchern, es ging um eine symbolische Aussage, was künftig im Spanien als Ketzerei galt. Eine deutliche Symbolik, denn so wie die Ketzer wurden auch ihre Bücher verbrannt. Die Muslime und die bisher geduldeten Juden wurden zum Übertritt gezwungen und Neuchristen, die dann genau auf Anzeichen der Rückfälligkeit in den alten Glauben beobachtet wurden und beim kleinsten Zeichen als Rückfällige verbrannt wurden. Schließlich begann sich die religiöse in eine biologische Verfolgung zu verwandeln, für den Zugang zu Ämtern und Berufen war eine altspanische, weder maurische noch jüdische Abstammung erforderlich.

■ Bücherverbrennung auf der Wartburg

Auch wenn es im 19. Jahrhundert beliebt war, Spanien als Folie für Literatur zu verwenden, die im finsternen Mittelalter spielte – man denke nur an E. A. Poes *Grube und Pendel* – waren Bücherverbrennungen auch in Deutschland bekannt. Luther verbrannte in Wittenberg auf den Richtplatz symbolisch die Bannbulle des Papstes und das Kirchenrecht. Immerhin konnte Luther drauf verweisen, dass seine Schriften durch die Bannbulle zuerst zur Verbrennung verurteilt wurden. Beim Wartburgfest 1817, das bewusst an diesen Vorgang anknüpfte, verbrannten Burschenschaftler Bücher, die ihnen reaktionär oder undeutsch vorkamen. Dabei traten auch antisemitische Motive auf: „Wehe über die Juden,

so da festhalten an ihrem Judenthum und wollen über unser Volkthum und Deutschthum spotten und schmähen.“ Heine sah diesen Vorgang als einen Rückfall in das finsterste Mittelalter an, so dass sein in Granada spielendes Stück durchaus aktuelle Bezüge hatte.

■ “Burschen heraus!”

Im Mai 1933 war das politische und geistige Leben in Deutschland bereits weitgehend gleichgeschaltet. Aufgrund der Notverordnung zum Schutze von Volk und Reich und des Ermächtigungsgesetzes konnten die meisten Unterdrückungsmaßnahmen rechtlich



Göttingen am 10. Mai 1933: Bücherverbrennung...

begründet werden. Soweit sie – wie die sozialdemokratische Presse – nicht verboten wurde, schaltete sich die Presse weitgehend selber gleich. Die bürgerlichen Parteien lösten sich auf, Verbände schwenkten von selber auf die nationalsozialistische Linie ein. Die Landesregierungen wurden durch Notverordnung gemäß Artikel 48 abgesetzt und durch Nationalsozialisten ersetzt. Schon im Laufe des März wurden bei der Besetzung sozialdemokratischer Zeitungshäuser Bücherverbrennungen veranstaltet.

Die Bücherverbrennungen im Mai 1933 waren eine zentral gesteuerte Aktion der Deutschen Studentenschaft (DSt). Dieser Dachverband der deutschen ASten war zu diesem Zeitpunkt bereits seit zwei Jahren nationalsozialistisch kontrolliert. Auch in Göttingen gab es ab 1931 eine nationalsozialistische Mehrheit. Allzu schwierig war das angesichts der nationalistischen und antisemitischen Grundeinstellung der Studenten und

ihrer Organisationen nicht. Für die DSt ging es nun darum, im Dritten Reich weiter eine Rolle zu spielen, bei der Neugestaltung der Universitäten Einfluss zu gewinnen und sich nicht von dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund als Parteiorganisation verdrängen zu lassen. Die DSt plante nun eine vierwöchige Aktion gegen den „undeutschen Geist“ an den Hochschulen, deren Abschluss die Bücherverbrennung am 10. Mai, den Jahrestag des Wartburgfestes, sein sollte. Die Anknüpfung an die Aktion der Urburschenschaft erfolgte bewusst, um die Verbindungen auf die Seite der DSt zu bringen. Außerdem sollte gegenüber Partei und Staat die nationalsozialistische Gesinnung und die Schlag-

kraft der DSt bewiesen werden. Zeitlich erfolgte die Aktion im Anschluss an den Judenboykott am 1. April.

Als erste Aktion erfolgte an allen Hochschulen die Plakatierung der „12 Thesen wider den undeutschen Geist“, die unter anderem die Forderung enthielt, Juden sollten künftig auf hebräisch schreiben; der Jude, der deutsch schreibt, lüge. Daraufhin

folgte ein Vorlesungsboykott gegen missliebige ProfessorenInnen. Dies unterstützte teils die Säuberung der Hochschulen durch das Gesetz zur Herstellung des Berufsbeamten-tums vom 7. April, versuchte teils darüber hinauszuweisen. Ab Anfang Mai sollten Schandpfähle errichtet werden, an denen die Schriften unerwünschter SchriftstellerInnen genagelt werden sollten.

Noch gab es gegen die Form, weniger gegen den Inhalt dieser Aktionen an den Hochschulen Widerstand, auch deswegen, weil noch die alten Rektoren im Amt waren. Durch das preußische Kultusministerium wurden die Schandpfähle denn auch untersagt. Die übrigen Maßnahmen, auch der Vorlesungsboykott, wurden vom preußischen Kultusminister in einer Rede am 6. Mai zur Übergabe des neuen Studentenrechts gebilligt. Natürlich wurden die Vorbereitungen zur abschließenden Bücherverbrennung jetzt beschleunigt. Aufgrund einer – durch einige Germanisten für das preußische Kultusministerium erstellten

– schwarzen Liste wurden durch die Studentenschaften am 6. Mai die privaten Leihbüchereien und Buchhandlungen gesäubert. Dieses illegale Vorgehen ging je nach Ort auch über die schwarze Liste hinaus. Diese Bücher bildeten dann auch die Hauptmasse der verbrannten Bücher, in den Universitätsbibliotheken wurden die indizierten Bücher meist in Giftschränke verbannt.

Am 10. Mai sollten die Verbrennungen mit einer Kundgebung im Auditorium Maximum der jeweiligen Universität beginnen, danach sollte sich ein Fackelzug und eine öffentliche Verbrennung anschließen. Eine Übertragung im Rundfunk war arrangiert.

Wichtig für den weiteren Ablauf vor Ort war das Mitwirken der Universitätsleitung und das Einverständnis der Kultusministerien in den jeweiligen Ländern; in Württemberg beispielsweise wurden Bücherverbrennungen nicht zugelassen.

■ Zwei Germanisten über den deutschen Geist

In Göttingen gab es solche Probleme nicht, da es zu Preußen gehörte und die Universitätsleitung freudig mitwirkte. Bereits am 29. März hatte hier ein Mob jüdische Geschäfte und die Synagoge verwüstet. Die Veranstaltung am 10. März begann im Auditorium Maximum, das überfüllt war. Der neue Rektor, Altgermanist Friedrich Neumann, eröffnete mit einer Rede, in der er ausführte, mit einer symbolhaften Handlung allein sei es nicht getan. Das gesamte akademische Dasein müsse ein unaufhörliches Bemühen sein, das deutsche Leben dem deutschen Geist zuzuordnen. Es sei ein Skandal gewesen, das Tausende Remarques *Im Westen nichts Neues* als echtes Kriegserlebnis akzeptiert hätten.

Ihm folgte der Privatdozent Gerhard Fricke, Theologe und Germanist. Er bekannte ein Gefühl der Schuld, da die Literaturwissenschaftler den undeutschen Geist hätten aufkommen lassen. Diese Schuld aber würde nun durch die, für einen Literaturwissenschaftler gewiss zweideutige, Bücherverbrennung gesühnt. Sich selber zur Sühne verbrennen lassen wollte er allerdings nicht. Stattdessen drohte er, „wo die Brunnenkräfte un-

serer völkischen Gesundheit vergiftet und geschwächt würden“, kenne man „keinen Pardon mehr“. Mit dieser Wiederaufnahme des alten Motivs der jüdischen Brunnenvergiftung drohte er den symbolisch verbrannten Autoren schon die physische Vernichtung an. Es ist fast überflüssig zu erwähnen, dass beide Redner auch nach 1945 weiter in der Germanistik wirkten.

■ Deutsch oder nicht – keine Frage des Verstandes

Nach Abschluss der Reden zogen die Studenten in einem Fackelzug zum Adolf-Hitler-Platz, dem heutigen Albaniplatz. An der Spitze des Zuges standen der Studentensturm von SA und SS, dann der studentische Stahlhelm, dann „die schier endlosen Reihen der Korporationsstudenten in bunten Mützen und Bändern, deren Farben in ungewiß flackernden Lichte der Fackeln hell aufleuchten.“ Dort war bereits seit dem Nachmittag ein Bücherhaufen aufgebaut worden, auf dem ein Schild mit dem Namen „Lenin“ stand. Nachdem der Scheiterhaufen angezündet wurde, hielt der „Führer der Studentenschaft“ noch eine kurze Ansprache. Hier offenbarte sich der geistige Tiefstand der Kämpfer für das Deutschtum auf treffende Weise. Der Begriff des undeutschen Geistes sei nicht klar durch den Verstand zu erfassen. Dies zu erklären sei auch nicht notwendig. Die „Aktion gegen den undeutschen Geist“ dahingehend zu hinterfragen, was denn genau unter der Bezeichnung „undeutsch“ zu verstehen sei, wäre nämlich eine „sophistische Frage“.

Am nächsten Tag berichtete das Göttinger Tageblatt über die Verbrennung mit den Schlagzeilen: „Burschen heraus“ und „Flam-

me empor!“ Die Korporationen scheinen das Bild also sehr beherrscht zu haben. Auch sonst genoss die Bücherverbrennung breite Unterstützung: Eine Buchhandlung ließ es sich nicht nehmen, in der Studentenzeitung eine Anzeige zu veröffentlichen, in der sie betonte, „Deuerlich ist seit Jahrzehnten die Buchhandlung der nationalen Studentenschaft“.

Damit waren die Taten der Göttinger Studentenschaft noch nicht beendet. Der spätere Verfassungsrichter Gerhard Leibholz wurde wegen seiner jüdischen Abstammung zum Ziel eines Vorlesungsboykotts, der sich mit Wohlwollen der Hochschulleitung monatelang hinzog. Erst dann schritt das Kultusministerium ein, da Leibholz als „Frontkämp-



...auf dem Adolf-Hitler-Platz (heute Albaniplatz)

fer“ noch nicht gesetzlich amtsenthoben wurde. Dennoch wurde Leibholz in die Universitätsbibliothek verdrängt, wo er zuletzt Bücher schleppen durfte.

Zu diesen Vorgängen ist eines zu betonen: Nicht alle Vorgänge im Nationalsozialismus waren staatlich angeordnet und nicht alle, die sich weigerte teilzunehmen, kamen ins KZ. Auch die Legende von den Universitäten, die tapfer die Freiheit der Wissenschaft hochhielten gegen Eingriffe der Partei und des Staates ist ebendies: eine Legende. Sowohl die Studenten als auch der Rest der Hochschule handelten freiwillig, die staatliche Beteiligung beschränkte sich auf die Erlaubnis.

Bezeichnend ist übrigens, dass weder der AStA noch die Universität es für nötig hielten, diesen schwarzen Tag der Universität und der organisierten Studentenschaft zu gedenken. Angesichts einer Universität, die sonst so gerne mit ihrer Geschichte prahlt, seien es die Göttinger Sieben, seien es die (1933 vertriebenen) Nobelpreisträger, ist das schon irritierend. Aber schließlich sind ja die Professoren von 1946 weder vom Himmel gefallen, noch aus der Emigration heimgekehrt. Und die AStA-tragenden Gruppen entdecken Geschichtsbewußtsein ja nur, wenn es um die Traditionspflege von Verbindungen (etwa die Restauration der „Couleurtafel“ im alten Auditorium) geht.

Göttinger Tageblatt vom 11. Mai 1933:

„Am Nikolausberger Weg ordnen sich die studentischen Gruppen und Korporationen zum Fackelzug. Vom Weender Tor bis weit über die Goßlerstraße hinauf setzt sich Viererreihe hinter Viererreihe, beste deutsche Jugend, die das Erbe der Toten von Langemarck gegen die giftige Zersetzung eines feindlich-fremden Ungeists wahren will. Das Braun der SA- und SS-Studenten beherrscht das lebensvolle Bild. Daneben sieht man das Grau der Hochschulgruppe des Bundes der Frontsoldaten, die im Stahlhelm angetreten ist, und dann die schier endlosen Reihen der Korporationsstudenten in bunten Mützen und Bändern, deren Farben im ungewiß flackernden Lichte der Fackeln hell aufleuchten.“

AStA geräumt

Ursachen und Folgen

Am 28. April kam der lang erwartete Showdown: Die Räumung des besetzten AStA-Gebäudes durch die Polizei.

Zum Hintergrund: Der AStA hatte bereits Anfang des Jahres der Fachgruppe Geschichte deren Raum im Erdgeschoss des AStAs gekündigt, weil in diesem der Medienraum des AStAs eingerichtet werden sollte und weil die FG Geschichte politisch missliebiger war. Die Fachgruppe Geschichte wurde seit Jahren von der Basisgruppe gestellt, weshalb der Raum auch "BG-Geschichte-Raum" genannt wird. Seit diesen Wahlen jedoch stellt eine konkurrierende Gruppe die Fachschafts-sprecherin (an die Adresse der ADF: Es handelt sich um eine Frau und folglich um eine Sprecherin).

Dennoch blieb es bei der Kündigung, die Fachgruppe erhielt einen Ausweichraum, doch der Konflikt spitzte sich zu. Der BG-Raum wurde nämlich von mehreren linken Gruppen und Fachschaften genutzt, als Treffpunkt und Materiallager, und stellte faktisch den letzten Raum dar, der linken Gruppen an der Universität noch zugänglich war.

Das verständliche und berechtigte, jedoch erfolglose Anliegen, von der Univerwaltung auch für diese Gruppen einen Raum zu verlangen, mündete in der Besetzung des BG-Raumes durch diese Gruppen. Nach einigen Wochen spitzte sich die Situation zu und das gesamte AStA-Gebäude wurde besetzt – allerdings gab es eh keinen amtierenden AStA, der in seiner Arbeit hätte behindert werden können.

■ Rammbock statt Schlüssel

In den Morgenstunden des 28. Aprils räumte die Polizei auf Anforderung der Unileitung nun den AStA. Diese Maßnahme ist gemäß des universitären Hausrechts sicherlich rechtens – muss jedoch in ihrer Ausführung stark kritisch betrachtet werden. Wer am Nachmittag die etwa 80 PolizistInnen in Kampfuniform sah, die die Solidaritätsdemo einiger eher alternativ denn gefährlich wirkender KommilitonInnen "bewachten", kann sich ein Bild von der Verhältnismäßigkeit machen. Sämtliche Türen im Gebäude wurden mit einem Rammbock geöffnet und sind komplett zerstört – obwohl der Generalschlüssel vorhanden war.

Für Unmut sorgte außerdem, dass angeblich bei einer Fachschaft die vorgefundenen Unterlagen fotografiert worden sind – der Gefahrengleich von Prüfungsprotokollen und O-Phasenplänen erschließt sich Laien allerdings nicht unbedingt. Und auch das Durchsehen mindestens zwei weiterer Räume deu-

tet darauf hin, dass es bei diesem Einsatz um mehr ging als nur eine Räumung.

■ Fragwürdiges Verhalten der Unileitung

Als äußerst fragwürdig ist das Verhalten der Universität zu bewerten. Offenbar ging man von einem massiven Bedrohungspotential der BesetzerInnen aus, was sich jedoch vermutlich durch Gespräche mit der zuständigen Person der Raumverwaltung hätte ausräumen lassen. Anders lässt sich nicht erklären, wie dieser Polizeieinsatz zustande gekommen sein kann. Auf Grund der Autonomie der Hochschule darf die Polizei im Regelfall nur mit Genehmigung der Universitätsleitung auf dem Campus agieren. Normalerweise wird dafür ein sehr enger Rahmen vorgegeben – dieses Mal jedoch stellte Präsident Kern eine Blankovollmacht aus, was zur Folge hatte, dass die Polizei selbst in den Räumen der Z-Mensa patrouilliert haben soll.

Unklar ist auch, welche Rolle der alte AStA-Vorsitzende, Torsten Scharf, in diesem Zusammenhang spielt. Seit März nicht mehr im Amt und mit der ADF entzweit, hatte ihn die Verwaltung zur Räumung hinzugezogen – der amtierende AStA-Vorsitzende jedoch wurde erst nach der Räumung über den Ablauf informiert. Uns erscheint es problematisch, dass die Verwaltung sich nach eigenem Belieben einen Studierenden als Berater hinzuzieht und nicht den offiziell gewählten Vertreter der Studierendenschaft. Wir hoffen, dass die Unileitung dies nicht als Präzedenzfall nimmt.

Und vermutlich hätte auch der amtierende AStA dies problematisch gefunden – z.B. wenn der Vorgänger aus einer anderen Gruppe stammen würde. So jedoch äußerte der neue AStA-Vorsitzende, G. Riewe, er habe gegen diesen Vorgang keinerlei Bedenken und machte gute Miene zum bösen Spiel. Riewe wörtlich: "Ich hatte kein Interesse, an der Räumung teilzunehmen."

Dass die Univerwaltung nun allen noch vorhandenen Fachschaften die Räume im AStA kündigen will, ist ein Akt der Sippenhaft. Die betroffenen Fachschaften haben nicht mit den BesetzerInnen zusammengearbeitet, haben selbst unter der Besetzung gelitten und können nicht mit diesen verwechselt werden. In der letzten Sitzung hat das StuPa daher – auf Antrag der Juso-Hochschulgruppe – seine Solidarität mit den Fachschaften erklärt und diese in ihrem Wunsch, im AStA zu verbleiben, unterstützt. Wir hoffen in diesem Fall auf die Einsicht und Vernunft der Universitätsleitung.

HoPo-News

Studium kostet soviel wie ein Luxusauto

Nach einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft belaufen sich die Kosten, die Eltern bereits heute für das Studium ihres Kindes aufwenden müssen, im Schnitt auf etwa 50.000 Euro. Hierin sind die z.T. anfallenden Studiengebühren noch nicht eingerechnet. Die Studie wurde bereits vor einigen Tagen veröffentlicht, jedoch am 12. Mai zeitgleich mit den Forderungen Wowereits nach Studiengebühren publik, die davon deutlich konterkariert werden. Die Veröffentlichung findet ihr unter:

<http://www.iwkoeln.de/default.aspx?p=contenthighkey&i=16666>



Gastprofessuren präferieren München, Berlin und Heidelberg

Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat auch in diesem Jahr wieder ein Forschungsranking veröffentlicht, aus dem hervorgeht, welche Universitäten für ausländische Gastprofessuren besonders gefragt seien. Da die Parameter seit dem letzten Jahr verändert seien, könnten die Ergebnisse nicht mit früheren verglichen werden. In die Bewertung sei auch die Hochschulgröße eingegangen, um nicht Ungleiches zu vergleichen. Auf den ersten Plätzen liegen München, Berlin, Heidelberg, Bonn und Göttingen.

Das Ranking findet ihr unter: www.humboldt-foundation.de/presse/ranking



Göttingen verliert ca. 2000 Studierende

In Göttingen haben sich auf Grund der Langzeitstudiengebühren etwa 2000 Studierende (= 40% der "Langzeitstudierenden") zum Sommersemester nicht zurück gemeldet. Welche finanziellen Auswirkungen das insbesondere auf

Zurücktreten bitte!

Eine Frage der moralischen Fallhöhe

Großes Erstaunen ging durch das neu konstituierte Stupa, als der StuPa-Sprecher (so die offizielle Bezeichnung für den studentischen Parlamentspräsidenten) seine Arbeit aufnahm. Offensichtlich nimmt er es mit der Geschäftsordnung (GO) und der Satzung mehr als genau. Es tauchten Paragraphen auf, an die sich selbst die dienstältesten Mitglieder nicht erinnern konnten und gegen deren Existenz sie ihr Jahreseinkommen verwettet hätten.

■ Man nennt es Pingeligkeit!

So werden nur Stimmen von *sitzenden* Stupa-Mitgliedern bei offenen Wahlgängen gewertet, *stehende* gelten als nicht anwesend. Das Rederecht haben per se erst einmal nur die gewählten Mitglieder des Stupas und nicht – wie man bei einer hochschulöffentlichen Sitzung annahme – alle eingeschriebenen Studierenden. Dadurch entsteht aber eine para-

doxe Situation: die GO lässt zu, dass jedeR, die oder der bei der StuPa-Wahl mindestens eine Stimme erhalten hat, diese auch für die jeweilige Fraktion abgeben darf. Es besteht also keine Pflicht, ein direkt gewähltes Mitglied in die Sitzung zu schicken.

Diese StellvertreterInnen haben aber nun kein Rederecht, was bedeutet, dass sie zwar für oder gegen einen Kandidaten oder Antrag stimmen können, jedoch dazu keinerlei Fragen stellen dürfen. Deswegen musste nun das StuPa zu Beginn seiner Sitzung erst einmal beschließen, dass, wie üblich, alle Studierenden Rederecht bekommen.

Ebenso wurden Stimmzettel mit dem Wortlaut "Ich wähle Annabell" für ungültig erklärt – weil mehr als nur der Name verzeichnet war.

Auch mit Verwarnungen gegen Anwesenheit, die durch Musik oder zu massive Zwi-

schenrufe die Sitzung zugegebenermaßen übermäßig störten, war der neu gewählte Sprecher nicht zimperlich. Allerdings löste die Vorstellung ein wenig Erheiterung aus, er könne tatsächlich jemanden durch den nächtlichen Sicherheitsdienst der Uni aus dem Hörsaal entfernen lassen.

■ Der Fehltritt: Amtsmisbrauch

Wer jedoch so genau auf die Vorschriften von Satzungen und Ordnungen schaut, sollte dies auch bei der Ausübung seines Amtes selbst berücksichtigen.

Für einen StuPa-Sprecher gehört Unparteilichkeit dabei zu den wichtigsten Prinzipien. Gerade an dieser Unparteilichkeit sind nun aber massive Zweifel aufgekommen. In der

Fortsetzung auf Seite 8

Noch mehr HoPo-News

Was sonst noch so passierte

das Göttinger Studentenwerk haben wird, ist noch nicht abzusehen. Der Vergleich mit anderen betroffenen Standorten wie z.B. Hannover lässt jedoch massive Preiserhöhungen und Leistungseinsparungen befürchten.



Schluss nach 6 Semestern? KMK will Bachelor als Regelabschluss

Vor wenigen Tagen wurde ein internes Papier der Kultusministerkonferenz bekannt, demzufolge der Bachelor als Regelstudienabschluss an Stelle des Masters treten soll. Der Zugang zum Master soll erheblich eingeschränkt und mit zusätzlichen Hürden verknüpft werden. Außerdem soll eine Unterteilung in konsekutive, also aufbauende, und nicht-konsekutive (also weiterbildende) Studiengänge erfolgen, für letztere könnten Studiengebühren erhoben werden.

Für die momentan laufenden Umstrukturierungen bestehender

Studiengänge würde dies bedeuten, dass künftig nicht mehr ein dem Magister oder Diplom äquivalenter Abschluss angestrebt wird, sondern einer, der etwas umfangreicher als eine Zwischenprüfung oder Vordiplom ist. Erstaunlicherweise ist diese Planung bisher ohne großen Pressewirbel vor sich gegangen, obwohl es sich hierbei um eine der grundlegendsten Strukturveränderungen des Studiums der letzten Jahre handeln könnte.

Der studentische Dachverband fzs hat einen E-mail-Pool eingerichtet, von dem aus jedeR Protestmails an seine/ihre zuständigen KultusministerInnen schicken kann. Das KMK-Papier plus Erläuterungen findet sich unter: <http://www.fzs-online.org/file.php?id=85> und der E-mail-Pool ist hier zu finden: <http://www.fzs-online.org/index.php?article=202>



Berlin: Keine neuen Zulassungen?

Aufgrund der akuten Finanznot in Berlin geisterten schon viele Sparpläne durch die Hauptstadt - auch Studiengebühren sollten bereits das Stadtsäckel sanieren.

Nun sorgt ein neuer Vorschlag für Aufsehen: Die Berliner Universitäten führen einen flächendeckenden NC ein und an der HU sollen zum Wintersemester überhaupt keine Neuzulassungen erfolgen. Auf diesem Wege sollen insgesamt 200 Mio Euro eingespart werden. Wissenschaftssenator Flierl forderte die Universitäten auf, diese Beschlüsse aufzuheben. Den vollständigen Zulassungsstopp der HU will er zur Not per Dienstaufsicht verhindern.

Die Universitätsrektoren verlangen, zur Einsparung betriebsbedingte Kündigungen durchführen zu können, lehnen aber eine Gehaltskürzung der ProfessorInnen als „Wettbewerbsverzerrung“ ab.

„Das ist Demokratie, langweilig wird die nie...!“ Zumindest nicht mit uns.

Komm zum Einstiegsabend bei der
Juso-Hochschulgruppe!



am Do 22. Mai um 20.15 Uhr
im Theologicum, Raum 7

Außerdem diese Woche im Programm:

„Rotes Kegeln“

Wir treffen uns zur proletarischsten aller Kneipensportarten am Freitag, 23. Mai um 19.30 Uhr vor dem Theologicum.

Fortsetzung von Seite 7

letzten StuPa-Sitzung wurde bekannt, dass bei dem zweiten Teil der konstituierenden Sitzung unterschiedlich gefärbte Stimmzettel ausgegeben worden sind.

Mag man bis hierhin noch an ein Versehen glauben, kommen arge Zweifel beim zweiten Teil der Offenbarung auf: Der StuPa-Sprecher hat gegenüber ADF und RCDS erklärt, er *wisse*, dass der Abweichler (siehe Bericht aus dem StuPa auf Seite 1 f.) aus Reihen des RCDS komme.

Diese Äußerung ist für sich genommen schon kaum mit der gebotenen Neutralität des Amtes zu verbinden – im Zusammenhang mit den unterschiedlich gefärbten Zetteln ergibt sich jedoch ein ungeheuerlicher Verdacht. Hat der StuPa-Sprecher absichtlich diese Zettel ausgegeben, um herauszufinden, aus welcher Fraktion die abweichenden Stimmen stammen? Dieser Verstoß ge-

gen die Grundsätze der freien und geheimen Wahl wäre in keiner Weise zu tolerieren oder zu entschuldigen.

■ Kein Schuldbewusstsein

Dieser zeigte sich denn auch auf die Vorwürfe hin stur: Es handele sich um ein Versehen und außerdem habe er die Äußerung außerhalb seiner Amtstätigkeit gemacht. Ein Stupa-Sprecher kann sich aber nicht nur während der Sitzungen im Amt wähnen, sondern muss auch wenn er den Saal verlässt die Neutralität wahren.

Nun kann man sagen: In dubio pro reo. Jedoch ist es nicht zu akzeptieren, dass das Stupa erst abwarten muss, ob es zu einem weiteren Machtmissbrauch des Stupa-Sprechers kommt.

Die Mehrheitskoalition ist daher aufgefordert, in der nächsten StuPa-Sitzung den Weg für einen neuen Sprecher respektive Sprecherin frei zu machen.

Wir treffen uns regelmäßig jeden Donnerstag um 20 c.t. Uhr im Theologicum, Raum 7.
Kontakt über Alexandra (Tel. 6337144) oder e-mail: kontakt@juso-hsg-goettingen.de



Juso
Hochschulgruppe Göttingen

Vi.S.d.P: Immo Moshagen

Aktuelles Lexikon: Überreaktion

Das gibt es auch in der besten aller Welten: Person A sagt ein Wort, Person B bekommt es in den falschen Hals, Person B gibt zwei harte Worte zurück – der Rest ist blutig und steht unter „Vermischtes“ auf der letzten Seite der Zeitung. Überreaktion.

Und so war es auch im Gebäude des AStA: Der rechte AStA will einer (etwas dezidiert) linken Gruppe mal wieder zeigen, was eine Harke ist: Also muss sie raus aus den Räumen, die sie gewohnheitsrechtlich seit '68 bewohnt. Einige KommilitonInnen im fortgeschrittenen Alter sehen das als Vertreibung aus dem Paradies. Sie agitieren und besetzen wie in goldenen Kreuzberger Zeiten das gesamte Gebäude. Die Leitung der Universität wird informiert. Man zeigt sich beunruhigt und ruft die Polizei.

Jetzt beginnt eine Phase der Unsicherheit: 8 Besetzer und 80 Polizisten belauern sich. Die Grünröcke warten auf den günstigsten Zeitpunkt zum Angriff. Und es ist wie bei Cäsar im „Gallischen Krieg“, *prima luce*, im Morgengrauen reißen 300 Römer 3 Gallier aus ihrem doch so wohlverdienten Besetzerschlaf. Sieg, Räumung, Überreaktion.

Das könnte die Geschichte gewesen sein: Aber die Unileitung verlangt noch ein Nachspiel. Jetzt sollen alle Fachschaften den AStA räumen. Und so sehen sich unsere gepflegten Juristen plötzlich in einen Topf mit den letzten Basisgrüplern geworfen. In dieser Umgebung fühlen sie sich verständlicherweise nicht wohl. Aber bei der Zahl der Überreaktionen muss man befürchten, dass jetzt die Juristen den AStA besetzen.

■ Sich wieder grün werden...

Das wollen wir verhindern und laden zu einem klassischen Frühlings- und Friedensmahl ein: Junge Kartoffeln kochen. Derweil eine Grüne Soße aus vielen Kräutern bereiten: Dazu wenig Essig mit Salz, Pfeffer, Zucker und Senf vermengen, Öl einrühren, Saure Sahne und Schmand zugeben, kleingehackte Kräuter unterziehen. Später mit den kleingeschnipselten Kartoffeln vermengen. Nachsalzen!

Dünnen, grünen Spargel waschen und in kleine Stücke schneiden. (Ja, roh – geht hervorragend!) Mit Blattsalat, Dill, Bärlauch und Rauke mischen, Salz, Pfeffer, Himbeeressig und Olivenöl dazu. Spargel- und Kartoffelsalat anrichten, dazu nach Belieben rohen Schinken. Schlaue Botaniker wissen es: Spargel und Bärlauch entschlacken den Körper. So gereinigt könnte man Überreaktionen künftig vermeiden, meint

Euer Proletarischer Siebeck